

BRIEFE AN DEN HERAUSGEBER

LESERBRIEFE

Nicht die Redaktion hat an dieser Stelle das Wort. Hier äußern sich Leser. Ihre Meinung muss sich nicht mit der Auffassung unserer Redaktion decken. Leserbriefe, die einen Umfang von mehr als 60 Zeilen (dies entspricht 2300 Zeichen, inklusive Leerzeichen) umfassen, sprengen den Rahmen des verfügbaren Platzes und müssen gekürzt werden. Vielschreiber bitten wir um Verständnis, dass wir sie nicht ständig drucken; auch andere Leser wollen zu Wort kommen. Anonyme Leserbriefe oder solche mit beleidigendem Inhalt werden abgelehnt. Die veröffentlichten Leserbriefe sind auch im Internet unter www.wnoz.de zu finden.

Menschenhandel hilft nicht Rettung der Weltordnung

Kanzlerin Merkel will die Weltordnung retten. Auf der jüngsten Sicherheitskonferenz in München beschwor sie den globalen Dialog, Zusammenarbeit und internationale Regeln. Dabei stand sie 2003 fest an der Seite von US-Präsident George W. Bush, der unter Bruch des Völkerrechts, noch dazu mit lügenhafter Begründung, internationale Regeln mit Füßen trat, die jede gewaltsame Einmischung in die Angelegenheiten eines fremden Staates verbieten.

Gegnern des Angriffskrieges gegen den Irak, den Bush nach eigenen Angaben auf höchstpersönlichen Befehl Gottes führte, gab Merkel sogar Mitschuld am Ausbruch des Konflikts, weil sie eine Anwendung von Gewalt als letztem Mittel ablehnte. Der Angriff stürzte eine ganze Region in ein blutiges Inferno, das laut einer US-Studie seit 2003 bis zum Rückzug der amerikanischen Truppen 2011 einer halben Million Menschen im Irak das Leben kostete. Als habe man aus dem Desaster und dem Flüchtlingselend, das ohne die uneingelösten Versprechungen der Kriegsbefürworter überhaupt nicht möglich gewesen wäre, nichts gelernt, bombte eine westliche Militärkoalition 2011 Libyen in die Anarchie, die jenen Fluchtkorridor öffnete, der zum Massengrab tausender afrikanischer Flüchtlinge wurde, die im Mittelmeer ertranken. Noch im Oktober 2010 war die Europäische Union bereit, den libyschen Machthaber Gaddafi mit 50 Millionen Euro zu belohnen, damit er die Grenzen des Landes für Migranten dichtmacht. Dafür sorgten Auffanglager, in denen Menschen misshandelt und vergewaltigt wurden. Welche Rückkehraussichten haben die 650 000 syrischen Flüchtlinge, die 2015 von der Kanzlerin hereingewinkt wurden? Syriens Machthaber Assad ließ schon mal wissen, dass er nun Ländern, die sich an den Wiederaufbaukosten des zerstörten Landes von geschätzten 380 Milliarden Dollar beteiligen, rückkehrwillige Landsleute abnimmt. Ende März 2018 erklärte die Kanzlerin: Ist mir egal, ob ich schuld bin am Zustrom der Flüchtlinge, nun sind sie halt da! So egal ist das gar nicht. Zahlt Deutschland nicht, ist Assad die Flüchtlinge los. Zahlen wir, wird dies Assads Macht in Syrien stabilisieren. Menschenhandel ist kein Beitrag zur Rettung der Weltordnung.

Thomas Wyrwoll, Weinheim

Es ist eine Schande

Diskussion um Alla-hop-Anlagen

Was sich momentan wegen des Lärms auf den Alla-hop-Kinderspielplätzen tut, ist eine Schande. Wie kann man einerseits so kinderfeindlich sein und andererseits feststellen, dass hierzulande zu wenig Kinder auf die Welt kommen, die ja auch irgendwann die Rentner ernähren sollen, wo wir doch jetzt schon zu wenig Meldungen für Ausbildungsplätze haben? Und was gibt es Schöneres als Kinder, wenn sie friedlich herumtollen? Dass es dann ab und zu mal etwas laut wird, gehört doch dazu. Es ist doch nicht den ganzen Tag und schon gar nicht in der Nacht. Dass die erste Nachkriegsgeneration das Kindergeschrei nicht ertragen konnte, dafür hab ich noch Verständnis. Die nächsten Generationen sollten einen Psychiater besuchen. Oder gehören wir schon alle in ein Seniorenheim im hinteren Odenwald? Endlich hat sich ein Mäzen gefunden, der etwas für fremde Kinder tut. Ich habe noch nicht gehört, dass ein Aldi, Lidl oder Reimann so viele anspruchsvolle Spielplätze finanziert hätte.

Warum wiederholt die CDU nicht einfach die Wahl der Kernstadtlste, beständig einstimmig den Vorschlag der Kernstadt-CDU und verhindert damit, dass sich die CDU der Lächerlichkeit preisgibt und während des Wahlkampfes auseinanderbricht?

Wolf Rüdiger Dossi, Hemsbach

Abwegige Behauptung

Orte des Schreckens – von Ground ... WN/OZ vom 1. März

Dass das KZ Auschwitz im Artikel aufgelistet wird, ist eine Beleidigung derer, die in der dortigen Gedenkstätte mit Engagement und Kompetenz zur Auseinandersetzung mit dem Gedankengut anregen, das hinter diesem „Ort des Schreckens“ steht. dpa-Korrespondent Philipp Laage schreibt: „Manche Sehenswürdigkeiten haben eine düstere, oft auch grausame Vergangenheit. Sie sind Anziehungspunkte für Touristen und Mahnmale zugleich. Manche locken mit einem Hauch von Gefahr. Das Besichtigte solch Orte wird Dark Tourism genannt“ – „Mahnmal“ und zugleich „Anziehungspunkt“ für Touristen, für „Urlauber aus aller Welt“? Schulklassen und internationale Jugendgruppen besuchen KZs, meist gut vor- und nachbereitet. Touristen, die wegen des Gruselfaktors zu Orten des Schreckens fahren, werden KZ-Gedenkstätten eher meiden. Deren Gestaltung lässt eben keinen Halloween-Horror aufkommen, die Lust am Makabren wird anderswo bedient, wie der Artikel von A. Wöfl beschreibt. Was in Deutschland an NS-Gedenkstätten vermittelt wird, ist sorgfältig durchdacht.

Und an verantwortungsvollen Journalismus habe ich bei Publikationen über diese Orte den Anspruch differenzierter, sorgfältiger Darstellung. Die Behauptung, KZs zögen wie Grüfte und andere Gruselstätten abenteuerlustige Urlauber an, ist abwegig. Die aufgelisteten „Orte des Schreckens“ sind in Konzeption und Rezeption so grundlegend unterschiedlich, dass man sie nicht zusammen als Ziele des sogenannten Dark Tourism auflisten darf.

Gabriele Forrester, Wald-Michelbach

Greta schon überholt

Solarstrom spannt sich um den Globus OZ vom 5. März

Die Jugend sucht nach neuen Lösungen. Die Rimbacher Schüler haben Greta aus Schweden schon überholt. Es ist toll, dass die Jugend nach neuen Lösungen sucht und nicht dabei stehen bleibt, die vorhandenen Probleme anzuprangern. Als große Aufgaben der Zukunft haben die Schüler die Gewinnung von Energie und den Schutz der Natur für sich erkannt. Wie kann das funktionieren? Es ist klar, dass der Bau von immer mehr Windrotoren – wir haben in Deutschland bereits 30 000 – mit der eiergehenden immensen Naturzerstörung nicht die Antwort sein kann: Wenn kein Wind weht, gibt's keinen Strom! Neue Wege müssen gefunden werden. So haben die Schüler als Denksatz ein weltumspannendes, durch Solarenergie angetriebenes Energienetz in Miniatur gebaut. Wenn man den Faden aufnimmt, wäre es denkbar, dort Wind und Sonne zu speichern, wo sie stetig und im Übermaß vorhanden sind, zum Beispiel in den afrikanischen Wüstengebieten.

Man könnte die Energie in Gas umwandeln und in Pipelines transportieren, ähnlich den Gaspipelines aus dem Osten. Ein anderer Forschungsansatz ist die Energiegewinnung durch Brennstoffzellen, die Wasserstoff und Sauerstoff in Energie umwandeln. Ein dritter Forschungsansatz ist die Entwicklung von Dual-Fluid-Reaktoren, die Flüssigsalze in Energie umwandeln. All diese Ansätze kann die Jugend weiterentwickeln. Eine neutrale, vom Bund finanzierte Forschung würde dabei helfen, in geistiger Freiheit Lösungen zu finden, anstatt der von Interessensverbänden finanzierten Einbahnstraßen-Forschung.

Angela Weigand, Wald-Michelbach



Leserfoto „Bei blauem Himmel und herrlichem Sonnenschein macht es wieder Spaß, mit der Kamera schöne Blickwinkel einzufangen“, schreibt unsere Leserin Sabine Schwinn, die uns dieses schöne Bild geschickt hat. Weiter schreibt sie: „Auf dem Bild vom Hermannshof kann man sehen, dass langsam die Natur zum Vorschein kommt, und im Hintergrund kommt die Wachenburg auch noch gut zur Geltung.“

Ignoranz und Zynismus

Mehr Tierversuche WN/OZ vom 12. Februar

Wenn man bedenkt, wie lange schon die Tierversuchgegner versuchen, auf legale Weise über den Gesetzgeber die Abschaffung oder doch wenigstens Einschränkung der Tierversuche zu erreichen, ohne dass auch nur der geringste Erfolg zu veruchen ist, so konnte man ihnen doch bisher keine Ungeduld unterstellen. Kommt aber zu aller Ignoranz seitens des Gesetzgebers auch noch der Zynismus von Abgeordneten hinzu, so dürfte dies langsam der Gipfel sein und manchem den Geduldsfaden reißen lassen. Ich kann die aktiven Tierschützer mittlerweile voll und ganz begreifen. Kriminell ist das nicht, was sie tun. Kriminell ist die Haltung derjenigen, die zu diesen Mord-Aktionen schweigen, etwa die Kirchen. Wie gottgefällig wär es da doch, wenn zum Beispiel auch die berufsmäßigen Sachwalter des Herrn ihre Stimme vernehmlicher und engagierter als bisher für die geschundene Kreatur erheben würden. Jeder, der aus der Kirche austritt und seinen Steuerbeitrag für den Tierschutz einsetzt, findet sicherlich mehr Gnade als die Pharisäer, die sich das von grausam gemarterten Zibetkatzen gewonnene Moschus der Pariser Parfümeure auf die Haut reiben!

Dr. Peter Hawe, Weinheim

Auch an die Kinder denken Hundehaufen auf der Rathauswiese

Leider liegen auf unserer schönen Rathauswiese immer Hundehaufen. Auch die Hunde sind zu bedauern. Da sich ihre Besitzer ja nicht bücken können, bekommen sie wohl viel zu wenig Streicheleinheiten. Dabei ist es so einfach – überall hängen Kotbeutelspender herum, man muss sie nur benutzen. Selbst Kinder sind dazu in der Lage, man muss sie nur darauf aufmerksam machen. Bitte, liebe Hundehalter, entsorgt die Haufen Ihrer Hunde, auch im Interesse der Kinder, die auf der Wiese spielen. Oder treten Sie gern in Hundehaufen?

Sibylle Lembke, Hemsbach

Man darf sich wundern

Leserbrief: Schwachstellen im Etat WN/OZ vom 23. Februar

Dieter Kunkel war es wichtig, die Öffentlichkeit über „Schwachstellen“ im Haushaltsplan zu informieren. Warum ihm dies jetzt so wichtig ist und in der Vergangenheit nicht, darüber darf man sich wundern. Mag es vielleicht am „neuen“ Bürgermeister liegen oder ist es aber auch nur der beschränkte Blick im Tunnel – oder beides? Im Gegensatz dazu etwas Konkretes: Da wäre das Millionengrab Draisine zu nennen, das von Anfang an ein Defizit aufwies und den Haushalt zum Beispiel 2017 mit 236 000 Euro belastet hat, 2019 mit 110 000 Euro. Um die Personalkosten zu senken, greift man nun in die Trickkiste und kauft nur eine Grundleistung beim Betreuer der Draisine ein. Das dicke Ende kommt vermutlich am Schluss. Es sei denn, man würde die Fahrten unter der Woche reduzieren. Darüber hinaus blockiert der Beschluss zur Draisine den für die Entwicklung des Überwaldes wichtigen Schienenanschluss an die Metropole. Das Breitbandnetz für 3 Millionen Euro dürfen ebenso alle Bürger finanzieren. Zu allem Ärger ist für einige Bürger aufgrund einer Monopolisierung durch die Entaga das Internet auch noch langsamer geworden.

Nicht zu vergessen, die Anbindung Brunnenwiese in Hartenrod, welche inzwischen Kosten durch Bebauungspläne und Gerichtsverfahren in Höhe von bis zu 70 000 Euro verursacht hat, und wo noch kein Ende in Sicht ist. Durch Versagen der hiesigen Politik werden die Anlieger aufeinandergehetzt, weil keine echte Lösung angeboten wird und deren Belange völlig missachtet werden, wie das Verwaltungsgericht 2011 feststellte.

Zwei verlorene Prozesse, und der letzte Bebauungsplan wird wohl auch scheitern, obwohl eine Lösung bereits greifbar nahe war, aber durch die Wald-Michelbacher politischen Verhältnisse vereitelt wurde. Alles Punkte, die über den Haushalt hinaus deutlich mehr zu denken geben sollten, und bei denen Herr Kunkel und seine CDU keine Probleme hatten, ihre Zustimmung zu geben. Auch der Hinweis von Kunkel auf die im Haushalt geplante Höhe der Eintrittsgelder fürs Schwimmbad ist eher trivial. Geht es hier um eine Summe von lediglich 10 000 Euro. Wenn damit aber die Bürgerschaft motiviert wird, ihr Freibad weiter zu unterstützen, sodass das Ergebnis von 2018 erreicht oder sogar überschritten wird, könnte man vielleicht dem Leserbrief zumindest hierzu etwas abgewinnen.

Dirk Henrich, Wald-Michelbach

Jeder kehre vor seiner Tür Zustand Waidsee und Verschmutzung

Vor ein paar Wochen befasste sich der Gemeinderat mit dem Zustand des Strandbads Waidsee. Durch den heißen und trockenen Sommer 2018 ist die ganze Anlage wirklich in schrecklichem Zustand. Nicht nur, dass Sonne und Wind die Rasenflächen in eine Wüste verwandelt hatten, es gab auch durch achtlos weggeworfene Kippen unzählige Stellen, an denen das dürre Gras Feuer gefangen hatte – nur noch ein Brandfleck bleibt. Bei meiner Aussprache mit der zuständigen Sachbearbeiterin hieß es, Rauchen gehöre zur Freude am Leben.

Deswegen dürfe Rauchen am Waidsee nicht verboten werden. Da man aus dem See kein Wasser entnehmen darf, um die Wiesen zu bewässern, habe ich darauf hingewiesen, dass das Miramar aus dem unterirdischen Wasserreservoir, das unter der gesamten Westtangente liegt, in 60 Metern Tiefe durch eine von der Stadt geförderte Maßnahme ihr Wasser holt.

Also, eine neue Bohrung entfällt und die Waidseeanlage wäre so schön grün wie zum Beispiel Heddesheim. Ohne Bohrung!

Nun aber ein anderes Ärgernis. Immer wieder gibt es die Frage, warum Weinheim so verdreckt. Nie gab es so viele Müllkästen in der Stadt wie jetzt. Aber nie gab es so viele Kippen und Kaugummis wie in letzter Zeit. Es heißt: „Jeder kehre vor seiner Tür.“ Machen wir Bewohner eines sehr großen Eckhauses in der Bahnhofstraße. Und wenn unser Hausmeister ausfällt, nimmt schon mal einer der Bewohner den Besen. Das sieht man. Man sieht aber auch, dass im Umkreis von einem bis zwei Quadratmetern 50 Kippen und 100 ausgekaute weiße Kaugummis liegen, die nach einigen Tagen schwarz und nur schwer zu entfernen sind.

Durch die umfangreiche Baumaßnahme wird die gesamte Bergstraße seit Wochen nicht mehr gereinigt. Frühling und Ostern stehen vor der Tür. Also jeder, auch liebe Stadt, kehre vor seiner eigenen Tür.

Felizitas Walter, Weinheim

Immer fair bleiben

Zuspruch überwiegt die Anfeindungen OZ vom 15. Februar

Die Bürger für Wald-Michelbach (BFW) sind in Sachen Windindustrieanlagen sicher als kommunalpolitische Gegenspieler der Windkraftgegner zu verstehen. Sie fordern aber richtigweise die Offenlegung der Verträge zum Windpark Stillfussel. Letzteres sehr halberzig und wohl zum eigenen Schutz, werde damals doch das Bestimmungsrecht in der Planungsphase leichtfertig abgegeben.

Mit seinen eigenen Worten, „die Entscheidung über Windindustrieanlagen in Siedelsbrunn sei längst gefallen und daran ändere niemand mehr etwas“, hatte Herr Gremm wiederum nicht Unrecht, nur vergessen zu sagen, dass es zu keiner Zeit geplant war, die Betroffenen sachlich zu informieren oder in den Entscheidungsprozess mit einzubinden.

In völliger Eintracht steht er damit auch heute noch hinter unserem ehemaligen Bürgermeister Kunkel, der diese Politik hauptsächlich zu verantworten hatte – jener Bürgermeister, der in einer Ortsbeiratsitzung im Frühjahr 2014 von maximal vier Windrädern am Stillfussel mit einer Nabenhöhe von nur 130 Metern sprach und damit die Bürger bewusst im Dunkeln ließ. In seiner Amtszeit musste der Antrag auf Durchführung der Donnerstagsdemos erst auf dem Landratsamt durchgesetzt werden!

Sieht man mal von dieser Historie ab, finden die vielen Klagen über die Lärmbelastung dieser Anlagen in den Ausführungen von Herrn Gremm natürlich keine Beachtung. Als sehr bedauerlich empfinde ich die scheinbar eingeschränkte Zusammenarbeit zwischen unserem Ortsvorsteher und dem „neuen“ Bürgermeister. Das offensichtliche Nachtrauern um alte Seilschaften hilft der Gemeinde aber nicht weiter, weil es Herrn Dr. Weber die Arbeit, nicht nur in Bezug auf die „Erneuerbaren“ erschwert. Seine Wahl zum Bürgermeister im März 2017 mit 73,7 Prozent der Stimmen ist für mich sicher auch ein klarer Wählerauftrag für mehr Transparenz bei wichtigen Entscheidungen die Gemeinde betreffend – und damit hoffentlich ein zeitnahe Ende der Wald-Michelbacher Verhältnisse.

Das ist nun mal der demokratische Status quo! Ich teile Gremms Sorge über einen Rechtsruck in Siedelsbrunn, nur sollte man hier fair sein und auch danach fragen, welche Politik und innerparteilichen Querelen, die nicht nur den Windkraftgegnern angelastet werden sollten, dafür verantwortlich sein könnten.

Rony Knierim, Wald-Michelbach

Wiederholen sich Fehler? Erscheinungsbild der CDU Weinheim

Die Vorkommnisse der CDU-Jahreshauptversammlung sollten insbesondere dem Vorsitzenden der CDU, Holger Haring, zu denken geben. Kann der Konflikt in der CDU Weinheim überhaupt gelöst werden, wenn alle Feinden nicht einfach begraben werden? Ich befürchte, wenn hier durch Haring nicht gehandelt wird, zerbricht die CDU und wird weitere Jahre mit gegenseitigen Konflikten und deren Bewältigung verbringen. Die Fehler der Kommunalwahl vor fünf Jahren scheinen sich zu wiederholen. Bereits damals wäre es möglich gewesen, ein Auseinanderbrechen zu verhindern und Gräben zu schließen. Dafür wäre es allerdings notwendig, dass Holger Haring öffentlich zur Versöhnung aller Lager in der CDU aufrufen müsste. Ein Wegwischen und zur Tagesordnung überzugehen, wie von Herrn Haring am Wochenende kundgetan, halte ich nicht für zielführend. Denn den entstandenen Schaden trägt vor allem er.

Könnte er die CDU in den letzten Jahren nicht befrieden und zusammenführen? Hat sein Wort kein Gewicht bei den Mitgliedern? Oder weiß er eigentlich nicht, was in seinem eigenen Laden passiert? Wenn man aus den Reihen der CDU-Aktiven hört, dass er nur für eine Konsensliste zur Verfügung stehe, wieso war er dann nicht konsequent und hat sich am Abend für die komplette Liste eingesetzt, wie von den einzelnen Verbänden vorgeschlagen, oder ist nach deren Scheitern postwendend zurückgetreten? Ich finde es bemerkenswert, dass auch die restliche Spitze des Stadtverbandes allem Anschein nach tatenlos zusehen hat, wie die Versammlung den Bach runtergeht, und zwei aktive Mitglieder der CDU öffentlich vorgeführt werden. War es Kalkül, hatte die Zurückhaltung einen Plan? Wem diene die Nichteinmischung? Als christliche Partei sollte die CDU weniger nach dem Prinzip „Auge um Auge“ handeln, sondern vielmehr nach: „Vergib uns unsere Schuld, wie auch wir vergeben unseren Schuldigern“, wenn Rachemotive eine leitende Konstante der CDU sein sollten und dies letztlich zu einem erneuten Nominierungsdebakel geführt hätte. Wie könnte also eine Lösung aussehen?

Warum wiederholt die CDU nicht einfach die Wahl der Kernstadtlste, beständig einstimmig den Vorschlag der Kernstadt-CDU und verhindert damit, dass sich die CDU der Lächerlichkeit preisgibt und während des Wahlkampfes auseinanderbricht?

Benjamin Haufe, Weinheim

Wichtiges übersehen

Leserbrief: Der Strom ist schon da WN/OZ vom 23. Februar

Herr Dieter kommt in seinem Leserbrief über die Umstellung des Individualverkehrs auf Elektroautos zu dem Ergebnis, dass der Strom schon da ist. Leider hat er übersehen, dass in Kürze die letzten Kernkraftwerke vom Netz gehen und der Kohleausstieg bereits beschlossen ist. Außerdem ist es bei dieser Betrachtung grundsätzlich falsch, von der Jahresproduktion des Stromes auszugehen. Man muss bei Produktion und Bedarf die Betrachtung auf die einzelnen Monate beziehen. November bis etwa Mitte März sind die kritischen Monate, was die Produktion von Öko-Strom betrifft. Hier sind fossile Kraftwerke nach wie vor erforderlich. Diese Kraftwerke können im Gegensatz zu Solar- und Windenergieanlagen nach dem Bedarf gesteuert und zur Erzeugung von Heizwärme genutzt werden, wie zum Beispiel das Mannheimer Großkraftwerk. Zudem darf man nicht außer acht lassen, dass für die Umstellung auf Elektromobilität die Energie nicht nur erzeugt, sondern auch verteilt werden muss. Dazu ist der Ausbau der Hochspannungs-, der Mittel- und Niederspannungsnetze erforderlich. Diese Kosten kommen über die Stromrechnung noch auf uns alle zu.

Rainer Nies, Hemsbach

Social Media: Debatte um Marktplatzfastnacht in Weinheim / In Sachen Ratte reicht es jetzt vielen

Leser ärgern sich über Wirte

REGION. Die Fastnacht ist vorbei und auf der wnoz-Facebook-Seite herrschte noch am Donnerstag Katastrophe. Die Nachricht, dass die Wirte am Marktplatz in Weinheim Konsequenzen ziehen wollen, weil zahlreiche Besucher eigene Getränke zur Straßenfastnacht mitnehmen und leere Flaschen achtlos auf den Boden werfen, kam jedenfalls nicht gut an. Und noch schlechter kam an, dass diese Konsequenzen Einlasskontrollen zum Marktplatz sein könnten. Einige Leser sahen gleich das Ende der ganzen Fastnacht gekommen, sollte sich das durchsetzen. Viele ärgerten sich aber vor allem über die Preise, die die Gastronomen für die Getränke verlangen.

Die meisten hatten allerdings Verständnis dafür, dass sich die Wirte über den weggeworfenen Müll ärgern. Sven Sch. schrieb: „Der Markt-

platz ist öffentlich. Es kann nicht sein, dass dort Einlasskontrollen durchgeführt werden sollen.“ Christian R. äußerte: „Ich kann von einem Schüler, Azubi oder Studenten nicht verlangen, diese Preise zu bezahlen. Auch diese Menschen feiern Fastnacht. Den Müll dann liegen zu lassen, ist natürlich sehr bescheiden.“



Und Thomas O. meinte: „Der Marktplatz gehört nicht den Wirten.“ Jennifer M. bemühte sich, die Debatte in eine konstruktive Richtung zu drehen: „Vielleicht brauchen die Gastronomen auch ein anderes Konzept? Und warum kann es an diesem Tag nicht humane Preise geben? Einlasskontrollen werden

dazu führen, dass die Menschen, die ihre Getränke mitbringen, einfach außerhalb der Einlasskontrollen trinken – gewonnen wird dadurch nichts.“

Und dann war da noch die Nachricht, dass die Bensheimer Ratte, deren Rettung aus einem Gullideckel für so viel Furore gesorgt hatte, jetzt sogar Merchandising-Artikel zielt. Das war dann einigen Lesern zu viel des Guten. Yvonne W. fasst zusammen, was viele dachten: „Ich fand die Rettung toll, denn jedes Tier ist es wert. Aber ganz ehrlich: Jetzt ist es völlig übertrieben.“ shy

Über 18 000 Fans hat die Facebook-Seite unserer Zeitung (www.facebook.com/wnoz.de), die damit wöchentlich im Durchschnitt etwa 60 000 Menschen erreicht. Der wnoz-Instagram-Account hat über 3200 Follower.